

Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am Freitag, dem 23.03.2018, im Forum der Sparkasse Münsterland Ost, Freckenhorster Straße 69, 48231 Warendorf

Beginn: 09:00 Uhr Ende: 09:30 Uhr

Seite

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

 Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für den Ausbau der K 13 Oelde -Marburg

 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der Abfallwirtschaft zwischen dem Kreis Warendorf und der Stadt Hamm

4. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Delegation von Aufgaben der unteren Gesundheitsbehörden mit dem Kreis Gütersloh

 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übertragung der Aufgaben der Prüfung des Jahresabschlusses 2017 der Stadt Sassenberg

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Krumtünger Entsorgung GmbH
O19/2018

 Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Beschaffung von zwei Elektrofahrzeugen und einer Ladesäule

_	

8.	Wahl der Vertrauenspersonen für die Wahl der Schöffen	034/2018
9.	Anfrage Kontrolle in Asylunterkünften	031/2018
10.	Anfrage Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in Warendorf	032/2018
	II. Nichtöffentlicher Teil	
1.	Abberufung eines technischen Prüfers des Rechnungsprüfungsamtes	026/2018
2.	Abberufung einer Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes	035/2018
3.	Jährlicher Bericht des Landrates über seine Tätigkeiten	038/2018

Anlagen

Anlage 1 Antrag der FDP-Kreistagsfraktion "Umbesetzung im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport"

Anwesend:

Vorsitz

Gericke, Olaf, Dr.

Mitglieder des Kreistages

Arnkens-Homann, Dagmar

Aydemir, Ergül

Berkhoff, Henrich

Birkhahn, Astrid

Blex, Christian, Dr.

Block, Susanne

Blömker, Franz-Ludwig

Buschkamp, Franz-Josef

Claßen, Anne

Diekhoff, Markus

Dufhues, Hannelore

Geiger, Andrea

Gerwing, Theresia

Grap, Valeska

Gutsche, Guido

Hamann, Maria

Harrendorf-Vorländer, Birgit

Hein-Kötter, Dorothea

Heringloh-Poll, Norbert

Hohmann de Palma, Ingrid

Hugenroth, Bernhard

Kaup, Winfried

Kleene-Erke, Andrea

Kleibolde, Bernhard

Kozler, Thomas

Kreft, Peter

Lehnert, Susanne, Dr.

Luster-Haggeney, Rudolf

Marx, Burkhard

Mindermann, Ursula

Möllmann, Rolf

Multermann, Joachim

Nienkemper, Dorothea

Poppenberg, Bernhard

Pries, Wilhelm

Riveiro Vega, Sandra

Schindler, Ron

Schlösser, Ulrich

Schmedding, Josef

Schulze Westhoff, Stephan

Starke, Dennis

Stöppel, Gregor

Strübbe, Robert

Stumpenhorst, Lothar

Tarner, Hedwig

Tegelkämper, Paul

Westerwalbesloh, Florian

von der Verwaltung

Funke, Stefan, Dr.

Klausmeier, Brigitte

Ottmann, Michael

Rehers, Carsten

Schreier, Petra

Wessel, Katharina

Westbomke, Alfons

Es fehlten entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Budde, Heinrich

Drestomark, Bernhard

Eisenhuth, Hans-Heinrich

Hermans, Pia

Holz, Günter

- 5 -

Hövelmann, Volker

Ommen, Detlef

Schulte, Stephan

Wagner, Natalie

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreistages, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Gäste.

Landrat Dr. Gericke stellt fest, dass der Kreistag mit Einladung vom 12.03.2018 formund fristgerecht einberufen worden ist. Anschließend weist er darauf hin, dass noch ein Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 19.03.2018 auf den Tischen ausliegt. Dieser Antrag wurde per Mail am 20.03.2018 an die Kreistagsmitglieder verschickt.

Auf die Frage nach Einwendungen gegen die Tagesordnung meldet sich kein Mitglied zu Wort.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Auf Nachfrage von Landrat Dr. Gericke meldet sich keine Einwohnerin / kein Einwohner zu Wort.

2.	Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für	021/2018
	den Ausbau der K 13 Oelde - Marburg	

Der Kreistag stimmt der Bereitstellung von erheblichen überplanmäßigen Mitteln in Höhe von 1,336 Mio.€ im Teilfinanzplan Produktgruppe "Straßenbau und – unterhaltung" Investitions-Nr. 08.66.001 Ausbau K 13 Oelde-Marburg gem. § 83 Abs. 2 GO NRW zu.

Die Deckung erfolgt durch vertraglich festgelegte finanzielle Beteiligungen der Stadt Oelde in Höhe von rd.112 T€, der Deutschen Bahn AG (EBKrG) in Höhe von rd. 957 T€ sowie Einsparungen in Höhe von 267.211,70 € bei der Maßnahme 15.66.005 K19/1 Radweg Everswinkel; I.BA, 2.Teil.

3.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit	014/2018
	in der Abfallwirtschaft zwischen dem Kreis Warendorf und	
	der Stadt Hamm	

Dem Abschluss der als **Anlage 1** beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der Abfallwirtschaft zwischen dem Kreis Warendorf und der Stadt Hamm wird zugestimmt.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Delegation von Aufgaben der unteren Gesundheitsbehörden mit dem Kreis	028/2018
Gütersloh	

Dem Abschluss der als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Delegation von Aufgaben der unteren Gesundheitsbehörden mit dem Kreis Gütersloh wird zugestimmt.

- 10 -

5.	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur	017/2018
	Übertragung der Aufgaben der Prüfung des Jahresab-	
	schlusses 2017 der Stadt Sassenberg	

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des beigefügten Vereinbarungsentwurfs eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Sassenberg abzuschließen.

6.	Änderung des Gesellschaftsvertrages der Krumtünger Ent-	019/2018
	sorgung GmbH	

Der Kreistag stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Krumtünger Entsorgung GmbH auf Basis des beiliegenden Entwurfs (Anlage 1), ggf. mit noch erforderlichen redaktionellen Änderungen, zu.

Die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung werden beauftragt, den Änderungen des Gesellschaftsvertrages auf Basis des beiliegenden Entwurfs (Anlage 1), ggf. mit noch erforderlichen redaktionellen Änderungen, zuzustimmen.

Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Beschaffung von zwei Elektrofahrzeugen und einer La-	033/2018
desäule	

Herr Dr. Blex (AfD) spricht sich gegen die Vorlage aus.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt der Bereitstellung von erheblichen überplanmäßigen Mitteln in Höhe von 85.000 € im Teilfinanzplan Produktgruppe "Zentrale Dienste" Investition Nr. 07.10.000 "Fuhrpark allgemein" gem. § 83 Abs. 2 GO NRW zu. Die Deckung erfolgt zu 90 % durch die Förderung aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz NRW und die 10 % durch Minderaufwendungen in dem Produkt 010310 "Zentrale Dienste" bei der Position 16 "Sonstige ordentliche Aufwendungen".

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Nein 2 (AfD)

- 13 -

8. Wahl der Vertrauenspersonen für die Wahl der Schöffen 034/2018

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag wählt aus der als Anlage beigefügten Liste Vertrauenspersonen für die Wahl der Schöffen für die Amtsgerichtsbezirke Ahlen, Beckum und Warendorf.

9. Anfrage Kontrolle in Asylunterkünften

031/2018

Frau Schreier beantwortet die Anfrage "Kontrolle in Asylunterkünften" der AfD-Kreistagsfraktion vom 23.02.2018 wie folgt:

Frage 1

Welche Gemeinschaftsunterkünfte wurden dem Kreis von den Sozialämtern genannt?

Antwort:

Die Sozialämter der Kommunen des Kreises Warendorf haben alle Unterkünfte genannt, die sie betreiben. Darüber hinaus wurde insbesondere zu den Unterkünften mit mehr als 4 Bewohnern, die nicht einer Familie angehören, mitgeteilt, ob aus Sicht der jeweiligen Kommune ein Kontrollwunsch besteht.

Frage 2

Welche Probleme oder Unregelmäßigkeiten lagen bzgl. der Gemeinschaftsunterkünfte vor, bzw. wieso meldeten die Kommunen dem Kreis diese Unterkünfte?

Die Kontrollwünsche der Kommunen waren sehr vielfältig. Kontrollen wurden u.a. gewünscht wegen häufiger Besuche fremder Personen, Auseinandersetzungen mit anderen Bewohnern, vielen verschiedenen Nationalitäten in einer Unterkunft, vielen Personen ohne Bleibeperspektive im Asylverfahren in einer Unterkunft.

Frage 3

Wie oft werden regelmäßige Kontrollen in den Unterkünften für Asylbewerber des Kreises Warendorf durchgeführt?

Antwort:

Die Kontrollen wurden im Mai 2017 aufgenommen und erfolgen seither mindestens einmal im Monat in einem Ort.

Frage 4

Wie viele Personen wurden angetroffen, die sich dort nicht aufhalten durften und welcher Nationalität gehören diese an? Wieso wurde ein Platzverweis erteilt? Was sind die Folgen bei Missachtung dieses Verweises?

Antwort:

Bei den bisherigen Kontrollen wurden zwei Personen angetroffen, die nach Auskunft der jeweiligen Kommune nicht in der Unterkunft untergebracht bzw. dort unbekannt waren. Beide Personen befanden sich in einem laufenden Asylverfahren und waren einer anderen Kommune im Bundesgebiet zugewiesen.

Der Aufenthalt an einem anderen Ort als dem Zuweisungsort stellt keinen Straftatbestand dar. Gleichwohl wird es von den Kommunen als Betreiber der Unterkünfte nicht toleriert, dass nicht zugewiesene Personen dort nächtigen.

Da die Kommunen in den Unterkünften das Hausrecht ausüben, wurde seitens der Kommunen (Hausmeister, die die Kontrollen begleitet haben) jeweils ein Platzver-

weis erteilt. Die Platzverweise wurden akzeptiert. Wären sie nicht akzeptiert worden, wäre die Polizei zur Umsetzung hinzuzuziehen gewesen.

Da aufenthaltsrechtlich keine Bedenken gegen die angetroffenen Personen bestanden, hat die Ausländerbehörde keine Maßnahmen eingeleitet.

Mangels Vorliegen persönlicher Daten ist eine Aussage zur Staatsangehörigkeit der Personen nicht möglich.

Frage 5

Wie viele Bewohner wurden schon länger nicht mehr in der Unterkunft gesehen und demnach von der Kommune abgemeldet und welcher Nationalität gehören diese an? Antwort:

Im Zusammenhang mit den Unterkunftskontrollen ist es zu keiner Abmeldung gekommen. Die nicht angetroffenen Personen waren aus nachvollziehbaren Gründen zum Zeitpunkt der Kontrolle nicht in der Unterkunft anzutreffen. Die Kontrollen wurden ab 6 Uhr morgens durchgeführt. Zu dieser Zeit waren einige Asylbewerber bereits auf dem Weg in die Schule (Sprachkurs) oder zur Arbeit. Die Mitarbeiter der Sozialämter der Kommunen, die ebenfalls an den Kontrollen teilnahmen, konnten zu den betroffenen Personen detailliert Auskünfte erteilen.

Zwei Personen (Nationalität: Inder) wurden - unabhängig von den Unterkunftskontrollen - abgemeldet, da sie sich nach Auskunft der Mitbewohner schon seit längerer Zeit nicht mehr in der Unterkunft aufgehalten und auch beim Sozialamt der Kommune nicht vorgesprochen haben. Bisher sind die Personen nicht wieder zur Anmeldung gekommen. Über die Abmeldung wurde das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge informiert. Eine Rückmeldung erfolgte von dort bisher nicht. Eine Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung wurde in die Wege geleitet.

Frage 6

Wie viele polizeiliche Aufenthaltsermittlungen hatten im Kreis Warendorf Erfolg und inwiefern hatte dies Auswirkungen auf das Asylverfahren?

Antwort:

Im Falle von Personen, die von den Kommunen "nach unbekannt" abgemeldet werden, werden Ausschreibungen zur Aufenthaltsermittlung veranlasst.

Die Ausschreibungen zur Aufenthaltsermittlung werden durch das Landeskriminalamt NRW im Ausschreibungssystem erfasst. Sofern ausgeschriebene Personen durch die Polizei angetroffen werden - meist im Rahmen anderweitiger polizeilicher Aufgabenerfüllung - erhält die ausschreibende Behörde einen Bericht.

Seitens der Kreispolizeibehörde ist die Angabe von Zahlen zu Aufenthaltsermittlungen nicht möglich.

Herr Dr. Blex (AfD) bedankt sich für die Ausführungen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

10. Anfrage Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in Warendorf 032/2018

Frau Klausmeier beantwortet die Anfrage "Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in Warendorf" der AfD-Kreistagsfraktion vom 26.02.2018 wie folgt:

Frage 1:

Wie viele minderjährige und junge volljährige unbegleitete Flüchtlinge befinden sich derzeit in der Obhut des Jugendamts Warendorf?

Antwort: 94

Frage 2:

Wie viele davon haben bereits das 18. Lebensjahr vollendet?

Antwort: 36

Frage 3:

Wie viele minderjährige und junge volljährige unbegleitete Flüchtlinge sind in Pflegefamilien untergebracht?

Antwort: 15 minderjährige unbegleitete Flüchtlinge leben in sogenannten "Gastfamilien"

Frage 4:

Wie viele minderjährige und junge volljährige unbegleitete Flüchtlinge leben in Wohngruppen und wer ist der Einrichtungsträger?

Antwort:

- 32 Minderjährige und 18 junge Volljährige leben in Wohngruppen
- Es handelt sich ausschließlich um Einrichtungen anerkannter Träger der Jugendhilfe unter Heimaufsicht.
- Alle Einrichtungen sind dem Kreis Warendorf hinreichend bekannt.

Frage 5:

Wie viele minderjährige und junge volljährige unbegleitete Flüchtlinge sind bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten?

Antwort: 5

Frage 6:

Wie hoch sind die durchschnittlichen Kosten für einen unbegleiteten Flüchtling im Kreis Warendorf?

Antwort: rund 2.590,00 Euro monatlich

Herr Dr. Blex (AfD) bedankt sich für die Ausführungen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

|--|

- 17 -

Antrag der FDP

Umbesetzung im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 09:30 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke Landrat Dr. Stefan Funke Schriftführer